

Adolf Müller: Die Tschechoslowakei auf der Suche nach Sicherheit. (Politologische Studien, Bd 8.) Berlin-Verlag. Berlin 1977. 407 S.

Adolf Müller gibt hier einen Abriß der tschechoslowakischen Geschichte zwischen Staatsgründung und Gegenwart (die letzte erwähnte Einzelheit ist die Unterzeichnung des deutsch-tschechoslowakischen Normalisierungsvertrags im Dezember 1973 in Prag). Die Erste Republik wird nur knapp und summarisch abgehandelt. Eingehender ist die Darstellung der Tätigkeit der Exilregierung, der einzelnen Phasen der kommunistischen Machtergreifung und von Vorgeschichte und Folgen der Intervention der Staaten des Warschauer Paktes im August 1968. Die Geschichte des Protektorats und des slowakischen Staates bleibt unerwähnt. In eigenen Kapiteln beschäftigt sich M. mit den „außenwirtschaftlichen Kontakten der Tschechoslowakei“ seit der Staatsgründung und mit den tschechoslowakischen Beziehungen zu beiden deutschen Staaten seit den späten vierziger Jahren.

Es gelingt M., das Grundproblem der tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit, den Zwang zu einer machtpolitischen Option, zutreffend zu beschreiben. Nützlich sind hier vor allem die von M. mitgeteilten Einzelheiten aus der Vorgeschichte der Ostorientierung während des Londoner Exils im Zweiten Weltkrieg und der Bericht über die allmählich immer fester werdende Einbindung der tschechoslowakischen Außenpolitik in das von der UdSSR dominierte System in der frühen Nachkriegszeit: M. zeigt das am Scheitern einer eigenständigen „slawischen“ Politik unter gleichmäßiger Berücksichtigung aller Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa — gewissermaßen an der Sowjetunion vorbei — und am Verhalten der tschechoslowakischen Delegation während der Pariser Friedensverhandlungen im Sommer und Frühherbst 1946. Auch die Veränderungen im Verhältnis zur Sowjetunion und zur Deutschen Demokratischen Republik während der fünfziger und sechziger Jahre werden getreu registriert.

Einiges ist kritisch anzumerken: die Vorgänge des 4. März 1919 können nicht als bewaffnete Zusammenstöße bezeichnet werden (S. 22), denn die deutschen Demonstranten waren unbewaffnet, und die deutsche Sozialdemokratie in der ČSR hat sich, anders als die Agrarier und die Christlichsozialen, nicht der Sudetendeutschen Partei angeschlossen (S. 49). Der Wert der Studie wird gemindert, wenn auch dort, wo es nicht nötig ist, aus zweiter Hand berichtet wird: so genügt es etwa nicht, das Verhalten der britischen Regierung gegenüber den tschechoslowakischen Exilorganen nur anhand von Beneš' Memoiren darzustellen. Unüblich und irreführend schließlich ist das von M. gewählte Verfahren, auch für längst Bekanntes und Veröffentlichtes (z. B. Versailler Friedensvertrag, Vertrag über die Abtretung der Karpatenukraine an die UdSSR) als Fundort das Archiv des Prager Außenministeriums (ohne Signatur!) zu nennen.

Köln

Peter Burian

J. W. Bruegel: Czechoslovakia before Munich. The German minority problem and British appeasement policy. Cambridge University Press. Cambridge 1973. XIII, 334 S. Mit 1 Kte i. T.

Diese Veröffentlichung ist, wie schon der Titel zeigt, mehr als eine bloße Übersetzung von Johann Wolfgang Brügel's „Tschechen und Deutsche

1918—1938“, München 1967, ins Englische. Gegenüber der deutschen Vorlage hat B. seinen Bericht über die innenpolitische Entwicklung in der ČSR gekürzt, zugleich aber die inzwischen der Forschung zugänglich gewordenen Archivalien zur britischen Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg auf sein Thema hin durchgearbeitet und den ursprünglichen Text um dieses Ergebnis seiner Studien erweitert. So ist jetzt fast die Hälfte des Buches allein der Darstellung der Septemberkrise 1938 und ihrer Vorgeschichte gewidmet (S. 183—309). Das kommt B.s Absicht zugute, einer englischsprachigen Leserschaft nicht nur die Entstehung und die Bedeutung des Sudetenproblems verständlich zu machen, sondern auch den Anteil, den die britische Politik an der „Lösung“ dieses Problems durch die Münchner Konferenz gehabt hat, in der heute möglich gewordenen Genauigkeit im einzelnen nachzuweisen.

B. bestreitet nicht, daß durch die von den Tschechen nach dem Ersten Weltkrieg geforderte und von den Siegern während der Pariser Friedenskonferenz verfügte Eingliederung der von Sudetendeutschen bewohnten Grenzgebiete in die neue ČSR das politische Prinzip der nationalen Selbstbestimmung unbeachtet geblieben sei. B. weist aber mit Recht darauf hin, daß trotz dieser Entscheidung die Sudetendeutschen nicht zu einer unversöhnlichen Opposition gegen die ČSR geführt worden seien, sondern daß eine Mehrheit von ihnen immer zur Zusammenarbeit bereit gewesen sei, wie vor allem die Unterstützung zeige, die die Politik der sogenannten aktivistischen Parteien bei den Sudetendeutschen während langer Zeit gefunden habe. Auch die Anhänger „negativistischer“ Gruppen hätten sich loyal zum Staat verhalten. Eine solche im Prinzip positive Einstellung der Sudetendeutschen zur ČSR sei durch minderheitenrechtliche Garantien von seiten des slawischen Staatsvolks gefördert worden. Dieses Verhalten habe sich erst geändert, nachdem es der tschechoslowakischen Staatsführung nicht gelungen sei, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die die sudetendeutschen Gebiete unverhältnismäßig hart getroffen hat, erfolgreich zu bekämpfen. Diese ökonomisch motivierte Distanz zur bestehenden Staatsordnung sei verstärkt worden durch eine wachsende Kritik an der Praxis des parlamentarischen Systems und an den für das Funktionieren eines solchen Systems nötigen politischen Parteien, eine Erscheinung, die auch dem übrigen Europa damals nicht fremd war. Dieser Hang zu totalitären Programmen habe vor allem in der Sudetendeutschen Heimatfront (später: Sudetendeutsche Partei) Konrad Henleins organisatorisch verfestigte Gestalt angenommen. Dennoch sei die Möglichkeit eines friedlichen nationalen Ausgleichs innerhalb der ČSR erst durch die Expansionspolitik des nationalsozialistischen Deutschland zerstört worden, für die das Sudetenproblem nur ein geschickt genutzter Vorwand gewesen sei, um das machtpolitische System von 1919 an einem wichtigen Punkt aus den Angeln zu heben.

Diese Darstellung des Sudetenproblems stimmt in ihren Grundzügen mit der in der Forschung heute vertretenen Auffassung überein, zu deren Formulierung B. selbst schon durch seine früheren Veröffentlichungen entscheidend beigetragen hat; vor allem war er es gewesen, der als erster das Aktenmaterial der deutschen Reichsregierung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Sudetenfrage in ganzer Breite nutzbar gemacht und dadurch neue, differenziertere Urteile über das für die Entwicklung des Sudetenproblems wichtige Verhältnis zwischen Berlin und Prag, vor allem in den ersten Jahren nach der Staatsgründung, ermöglicht hat.¹ Dem Verständnis des Problems wäre es freilich zugute gekommen, wenn B. die Erfüllung der tschechoslowakischen

Gebietsforderungen durch die Pariser Friedenskonferenz deutlich auch als Teil des machtpolitischen Kalküls der Sieger beschrieben hätte; anders gesagt: ohne oder gar gegen den Willen der großen Alliierten wäre das tschechoslowakische Territorialprogramm nicht durchzusetzen gewesen. Ebenso hätte der wirtschaftliche Zustand gerade der frühen ČSR und dessen Bedeutung für die Sudetendeutschen ausführlicher dargestellt werden können, und es hätte auch darauf verwiesen werden müssen, daß nicht nur das Sudetenproblem, sondern auch die ungelöst gebliebene slowakische Frage einen entscheidenden Anteil am Ende der Ersten Republik gehabt hat. Schließlich bliebe in der zusammenfassenden Bewertung dieses ganzen Prozesses die Überlegung nachzutragen, daß die politische Führung des Staatsvolks bis zuletzt am ursprünglichen nationalstaatlichen Konzept festgehalten und es dadurch versäumt hat, die Sudetendeutschen davon zu überzeugen, daß ihre Zugehörigkeit zur ČSR in jeder Hinsicht ihr eigener Vorteil sei.

Im Mittelpunkt von B.s Darstellung des Jahres 1938 steht die Kapitulation der Westmächte, vor allem Großbritanniens, vor den Erpressungen durch Hitler; in der Tat waren damals die Londoner Entscheidungen auch für die Haltung Frankreichs ausschlaggebend gewesen. Die von B. neu herangezogenen britischen Akten zeigen deutlich, wie aussichtslos von Anfang an die Erwartung Prags gewesen war, bei den Westmächten gegen einen zu allem entschlossenen Hitler zuverlässige Unterstützung zu finden. B.s Vermutung trifft vermutlich das Richtige, wenn er schreibt, Beneš hätte, wäre ihm der Gang der Überlegungen innerhalb der britischen Regierung bekannt gewesen, wohl schon im März oder April 1938, und nicht erst im September, seinen Widerstand gegen Hitler aufgegeben (S. 195). B. hat die in dem jetzt zugänglichen Archivmaterial nachzulesenden Direktiven für die Führung der britischen Außenpolitik vornehmlich auf ihren Nutzen und Schaden für die ČSR hin untersucht und kommt deshalb verständlicherweise zu einem überaus bitteren Urteil über das Verhalten Londons. Die Forschung hat jedoch inzwischen gelernt, diese Politik des Appeasement als Element eines globalen Konzepts für das weltweit engagierte und interessierte Commonwealth zu werten und deren fatale Folgen für die ČSR weniger streng zu verurteilen.² Im übrigen hat im Herbst 1938 nicht nur ein großer Teil der britischen Öffentlichkeit in der Abtrennung der Sudetengebiete vom Prager Staat die Wiedergutmachung eines Unrechts von 1919 gesehen.

Köln

Peter Burian

1) Vor B.s Veröffentlichungen ist nur ein Teilaspekt des Problems mit Hilfe dieser deutschen Akten untersucht worden: A. G. Kogan: Germany and the Germans of the Habsburg Monarchy on the Eve of the Armistice 1918. Genesis of the Anschluß Problem, in: *Journal of Central European Affairs* 20 (1960/61), S. 24—50.

2) Die jüngste Veröffentlichung dazu: G. Niedhart: Appeasement. Die britische Antwort auf die Krise des Weltreichs und des internationalen Systems vor dem Zweiten Weltkrieg, in: *Histor. Zs.* 226 (1978), S. 67—88.